



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD
Bundesamt für Landwirtschaft BLW

Internationale Verhandlungen im Agrarbereich

Hotel Bern, 3. Juli 2009



Inhalt

1. Einleitung (10‘)

2. WTO (20‘)

Fragen / Diskussion (10‘)

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15‘)

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15‘)

3.3 Stand der Verhandlungen (30‘)

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15‘)

Fragen / Diskussion (20‘)

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10‘)

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10‘)

Fragen / Diskussion (20‘)



Ernährung als globale Frage

- Ressourcen auf dieser Welt sind ungleich verteilt
- Nur mit Nettoexporteuren von Nahrungsmitteln gibt es weltweit genug Nahrung
- Nat. Landwirtschaften importieren Vorleistungen (z.B. Öl)
 - > Wer Handel treibt, führt keinen Krieg / bremst Migration
 - > Handelsregeln sind Teil der Versorgungssicherheit

Nebst Handelsregeln braucht es:

- Sicherung der öffentlichen Güter
 - > Bericht WZD
- Effizienter Umgang mit knappen natürlichen Ressourcen
 - > Bericht zum Postulat Stadler



Exportland Schweiz

- Jeden zweiten Franken verdient die Schweiz im Export
-> Marktzugang ist wichtig
- Als kleines Land ist die multilaterale Schiene für die Schweiz enorm wichtig
-> Bundesrat und Parlament befürworten WTO Verhandlungen
- Wichtigster Partner der Schweiz ist die EU
-> Erfolgsmodell ‚Bilateraler Weg‘ soll weitergeführt werden



Schweizer Agrarpolitik seit 1990

1. Entkoppelung -> Direktzahlungen
(Ökologische und soziale Nachhaltigkeit)
2. Deregulierung -> Ausrichten auf den Markt
(Ökonomische Nachhaltigkeit)
3. Deregulierung, Stützungsabbau ->
Verbessern der Wettbewerbsfähigkeit
(Ökonomische und soziale Nachhaltigkeit)



Flächendeckende Bewirtschaftung dank einem Abkommen

- Grenzschutz löchrig wie ein Emmentaler – auch ohne ein neues Abkommen
-> Land- und Ernährungswirtschaft verliert Marktanteile
- Ein neues Abkommen schafft langfristig Voraussetzung für eine innovative Nahrungsmittelverarbeitung und eine produzierende Landwirtschaft
- Nur mit einer marktgerechten Produktion kann eine flächendeckende Bewirtschaftung garantiert werden
- Stellen sich die Bauern dem Wettbewerb, wird auch die Akzeptanz für Direktzahlungen erhöht



Schweizer Qualität als Trumpf

- Qualitätsstrategie als Basis des Erfolgs auf den Exportmärkten
- Tierschutz, Umweltschutz, Nachhaltigkeit
-> bekannte schweizerische Werte
- In Zeiten der Globalisierung gewinnen diese Werte an Bedeutung
- Offensive, koordinierte Kommunikation dieser Werte bringt mehr als die Verteidigung hoher Zölle



Höhere Sicherheit der Lebensmittel

- Melamin in der Babynahrung, Dioxin im Schweinefleisch, -> Heute ist die Schweiz ein Loch mitten in Europa
- Mit dem neuen Agrar- und Lebensmittelsicherheitsabkommen würde sie an die europaweiten Frühwarnsysteme angeschlossen
- Informationen über unsichere oder gefährliche Lebensmittel werden blitzschnell verbreitet, die nötigen Massnahmen können rechtzeitig ergriffen werden



Handlungsspielräume steigen für alle

Ganze Wertschöpfungskette profitiert:

- Der innovative Landwirt hat neue Absatzkanäle und klare Perspektiven
- Die Nahrungsmittelindustrie bleibt trotz Wegfall des Schoggigesetzes kompetitiv
- Der Konsument profitiert von einer grösseren Auswahl und tieferen Preisen



Kursänderung wegen Krise?

- Protektionismus als Reflex / trügerische Antwort auf Krise
 - Keine „wilde Globalisierung“
-> WTO, FAO, ILO schaffen Regeln
 - Hunger: Probleme der Entwicklungsländer sind unter anderen fehlende Strukturen und „bad governance“, nicht fehlender Grenzschutz
 - Neues Abkommen: EU und CH haben ähnliche Werte
 - Schweizer Agrarpolitik bleibt unabhängig –
Direktzahlungssystem entschädigt gemeinwirtschaftliche Leistungen und wirkt als Sicherheitsnetz
- > Kurs des Bundesrats stimmt



Inhalt

1. Einleitung (10')

2. **WTO (20')**

**Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Botschafterin
Leiterin Welthandel , SECO**

Fragen / Diskussion (10')

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15')

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15')

3.3 Stand der Verhandlungen (30')

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15')

Fragen / Diskussion (20')

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10')

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10')

Fragen / Diskussion (20')



WTO: Stand Agrarverhandlungen

- Juli 2008: kein Durchbruch bei informeller Ministerkonferenz
- Rege Verhandlungen auf technischer Ebene sowie auf Stufe Verhandlungsführer bis Dezember 2008
- 6. Dezember 2008: neuer Modalitätenentwurf mit drei Anhängen (4. Revision)
- Seit Januar 2009: Stillstand
- April 2009: David Walker als neuer Chair gewählt
- USA und Indien nach Wahlen wieder verhandlungsbereit
- Perspektiven:
 - Konsultationen des Chairs in versch. Formaten
 - Bi-/plurilateraler Transparenzprozess?
 - Reguläre Ministerkonferenz Ende des Jahres 2009



WTO: Stand Agrarverhandlungen

Marktzugang

- Zollreduktion in vier Bänder unterteilt: Reduktion von 70% im obersten Band
- Sensible Produkte:
 - Anzahl: 4%+2% (Anzahl)
 - Bezahlung: Ausdehnung des Zollkontingentes (4.5% Inlandkonsum bei maximaler Abweichung)
- Möglichkeit zur Schaffung neuer Zollkontingente
- Schutzklausel SSG:
1% Zolllinien; Eliminierung nach 7 Jahren
- Umwandlung in Wertzölle: $\geq 90\%$ der Linien



WTO: Zollreduktionsformel

Band Wertzoll %	Reduktions- koeffizient	Anteil CH- Zollpositionen
> 75	70%	35%
51-75	64%	8%
21-50	57%	14%
0-20	50%	43%
Ø Reduktion	≥ 54%	100%



WTO: Stand Agrarverhandlungen

Inlandstützung

- Marktstützung (*“Amber Box”*):
 - Unterteilung und Senkung in drei Bänder
 - Schweiz im untersten Band : - (45% + 7.5%)
- Direktzahlungen (*“Green Box”*):
 - Keine Obergrenze oder Reduktionsvorgabe, aber bessere Transparenz

Exportwettbewerb

- Eliminierung der Exportsubventionen bis 2013



WTO: Schweizer Prioritäten

Markzugang

- Zollreduktion im obersten Band
- Sensible Produkte (Anzahl und Bezahlung)
- Ausnahmen von der Zollobergrenze („Capping“)
- Schaffung von neuen Zollkontingenten
- Schutzklausel SSG

Inlandstützung

- Vorhandene Lösung tragbar

Exportwettbewerb

- Vollständiger Parallelismus zwischen Exportsubventionen und anderen Massnahmen (Nahrungsmittelhilfe, staatliche Exportmonopole, Exportkredite)



WTO: Fazit und Ausblick

- Verhandlungen wurden wieder aufgenommen
- Einigkeit: Paket von Juli 2008 wird nicht aufgeschnürt. Umfang eines Abkommens also schon weitgehend bekannt
- Erwartung: Neues Momentum im Herbst 2009
- Es kann plötzlich sehr rasch gehen. Kein Grund zum Zurücklehnen!



Inhalt

1. Einleitung (10')

2. WTO (20')

Fragen / Diskussion (10')

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15')

Lukas Gresch, Minister, Stv. Direktor Integrationsbüro

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15')

3.3 Stand der Verhandlungen (30')

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15')

Fragen / Diskussion (20')

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10')

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10')

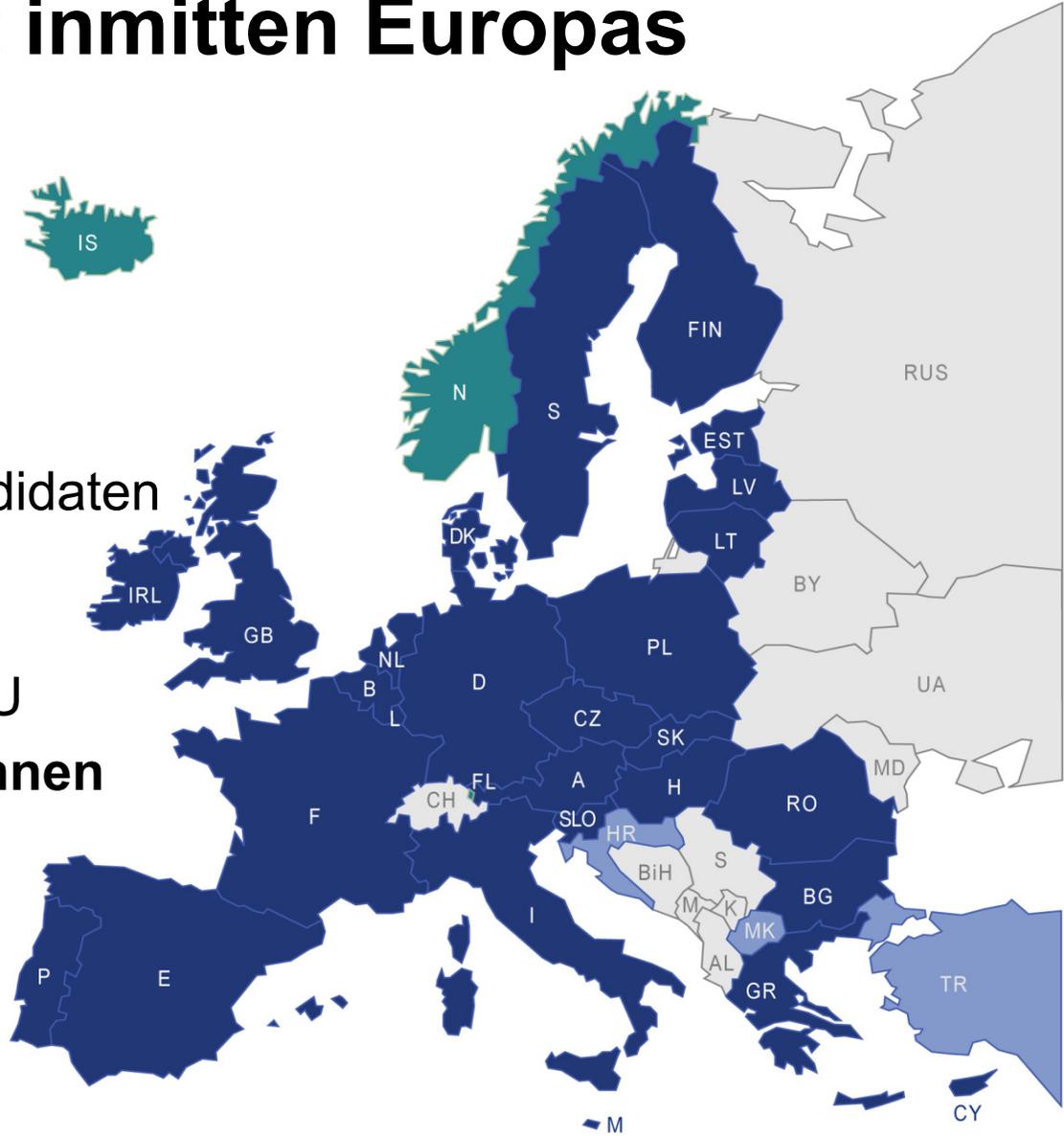
Fragen / Diskussion (20')



Die Schweiz inmitten Europas

- EU-27
- EWR
- Beitrittskandidaten

Bevölkerung der EU
490 Mio. Bürger/Innen





Europapolitik ist Interessenpolitik

- weitgehender, **gegenseitiger Marktzugang**
- pragmatische, **massgeschneiderte Lösungen**
- **Verträge in klar umgrenzten Bereichen**
- **schrittweises** und kontinuierlich aufgebautes Vertragswerk sei 1972





Bilateraler Weg – vom Volk gewollt

1992 **Nein** zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)

1997 **Nein** zur Initiative „EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!“

2000 **Ja** zu den **Bilateralen I**

2001 **Nein** zur sofortigen Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen

2005 **Ja** zu Schengen/Dublin

2005 **Ja** zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit

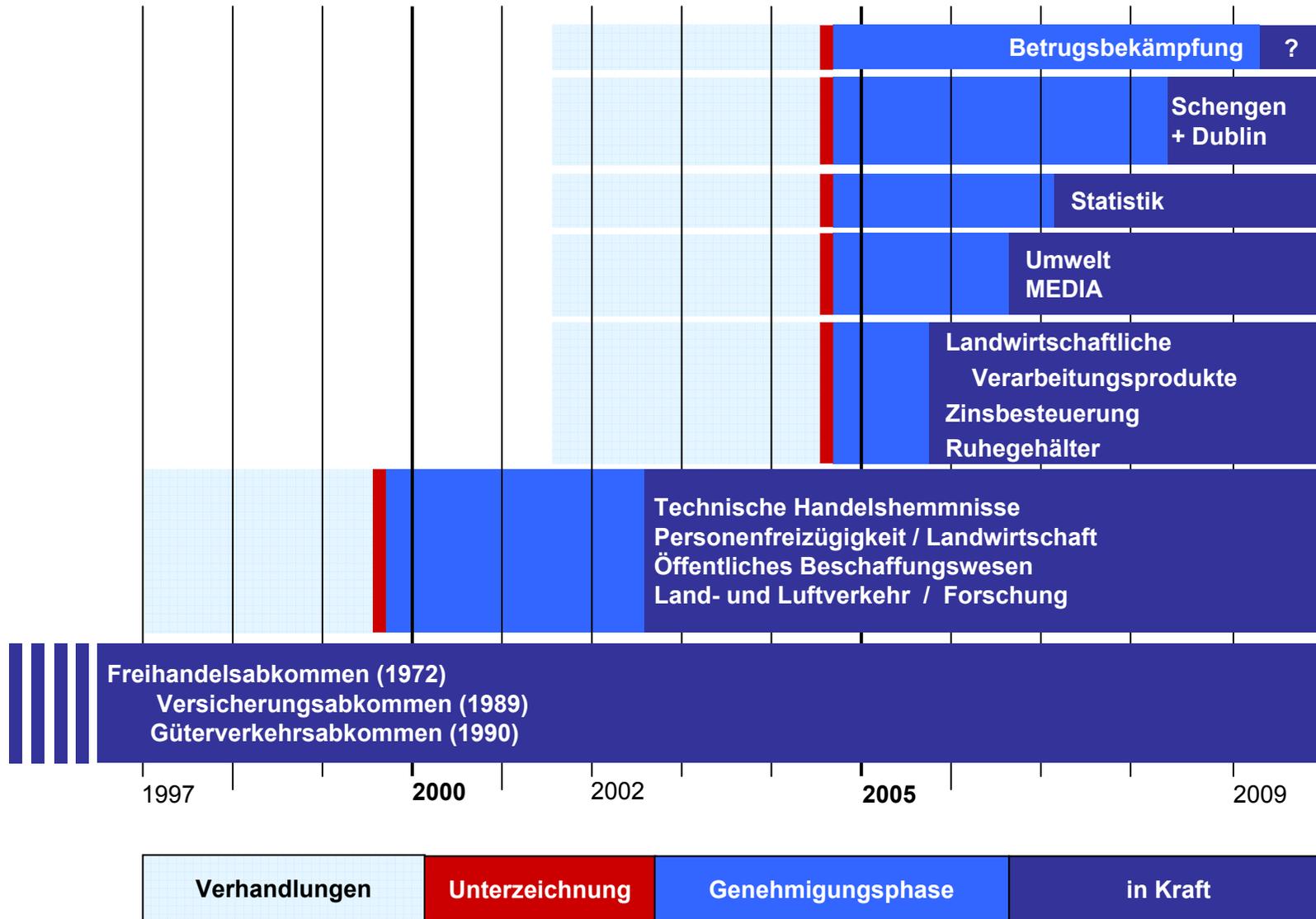
2006 **Ja** zur Ostzusammenarbeit

2009 **Ja** zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit
= **Ja zu den Bilateralen I**





Übersicht der bilateralen Abkommen





Position des Bundesrates

- Schweiz beteiligt sich **aktiv und solidarisch** an der Verwirklichung gemeinsamer Ziele in Europa
- Diese Europapolitik des bilateralen Wegs **hat sich bewährt**
- Sie ist gegenwärtig das Instrument, mit welchem die **Interessen** der Schweiz am besten gewahrt werden können

Quelle: Europabericht 2006





Europabericht 2006

- Im Vergleich zum EWR II und zum EU-Beitritt bleibt der bilaterale Weg die bevorzugte Option. Sie wird durch eine breite politische Mehrheit abgestützt.
- Voraussetzungen für eine erfolgreiche bilaterale Europapolitik:
 - Ausreichender politischer Entscheidungsspielraum der Schweiz
 - Bereitschaft der EU, zusammen mit der Schweiz Lösungen auf dem bilateralen Weg zu finden
 - Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich nicht zum Nachteil der Schweiz
- Ändern sich die Parameter, sind auch die europapolitischen Instrumente anzupassen. Nebst anderen bleibt der EU-Beitritt eine Option.



Priorität: bestehende Abkommen

- **Schengen / Dublin**
Operative Teilnahme
Landesgrenze: 12.12.2008
Flughäfen: 29.03.2009
- **Personenfreizügigkeit**
Weiterführung und Ausdehnung der
Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien
- **Güterverkehrsabkommen**
Anpassung (« 24-Stunden-Regel »)

Die grossen neuen Dossiers: Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

Liberalisierung der Landwirtschaft inklusive

- vorgelagerter Stufe (**Produktionsmittel**)
- nachgelagerter Stufe (**verarbeitete Landwirtschaftsprodukte**)

Aufhebung der Handelshemmnisse:

- **tarifäre** (Zölle, Kontingente)
- **nicht-tarifäre** (gesetzliche Anpassung)

Bedeutung

- langfristige Perspektive für die **Landwirtschaft**
- Preissenkung für **Konsumenten**
- **Wirtschaftswachstum**





Die grossen neuen Dossiers: Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

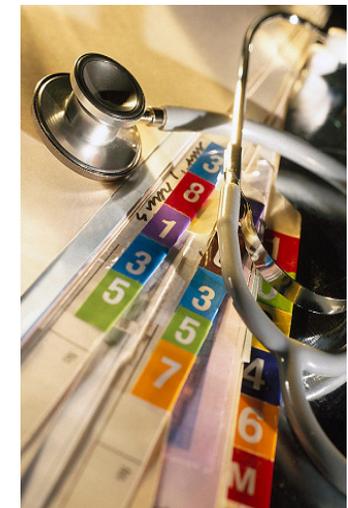
- Kampf gegen übertragbare Krankheiten
- Produkt- und Lebensmittelsicherheit
- allgemeine Gesundheitsbelange

Mittel:

- Beteiligung am EU-Gesundheitsprogramm 2008 – 2013
- Anschluss an verschiedene EU-Agenturen und Frühwarnsysteme

Bedeutung

mehr Effizienz dank
internationaler Zusammenarbeit





Die grossen neuen Dossiers: Elektrizität

- Transitregeln und Harmonisierung der Sicherheitsstandards
- Anerkennung der Zertifikate für grünen Strom
- gegenseitiger Marktzugang

Bedeutung

- **Versorgungssicherheit**
- **Stromdrehscheibe Schweiz** sichern





Inhalt

1. Einleitung (10')

2. WTO (20')

Fragen / Diskussion (10')

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15')

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15')

3.3 Stand der Verhandlungen (30')

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15')

Fragen / Diskussion (20')

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10')

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10')

Fragen / Diskussion (20')



Brunnen graben, bevor man Durst hat

Druck auf Grenzen nimmt zu, Marktanteile gehen verloren...

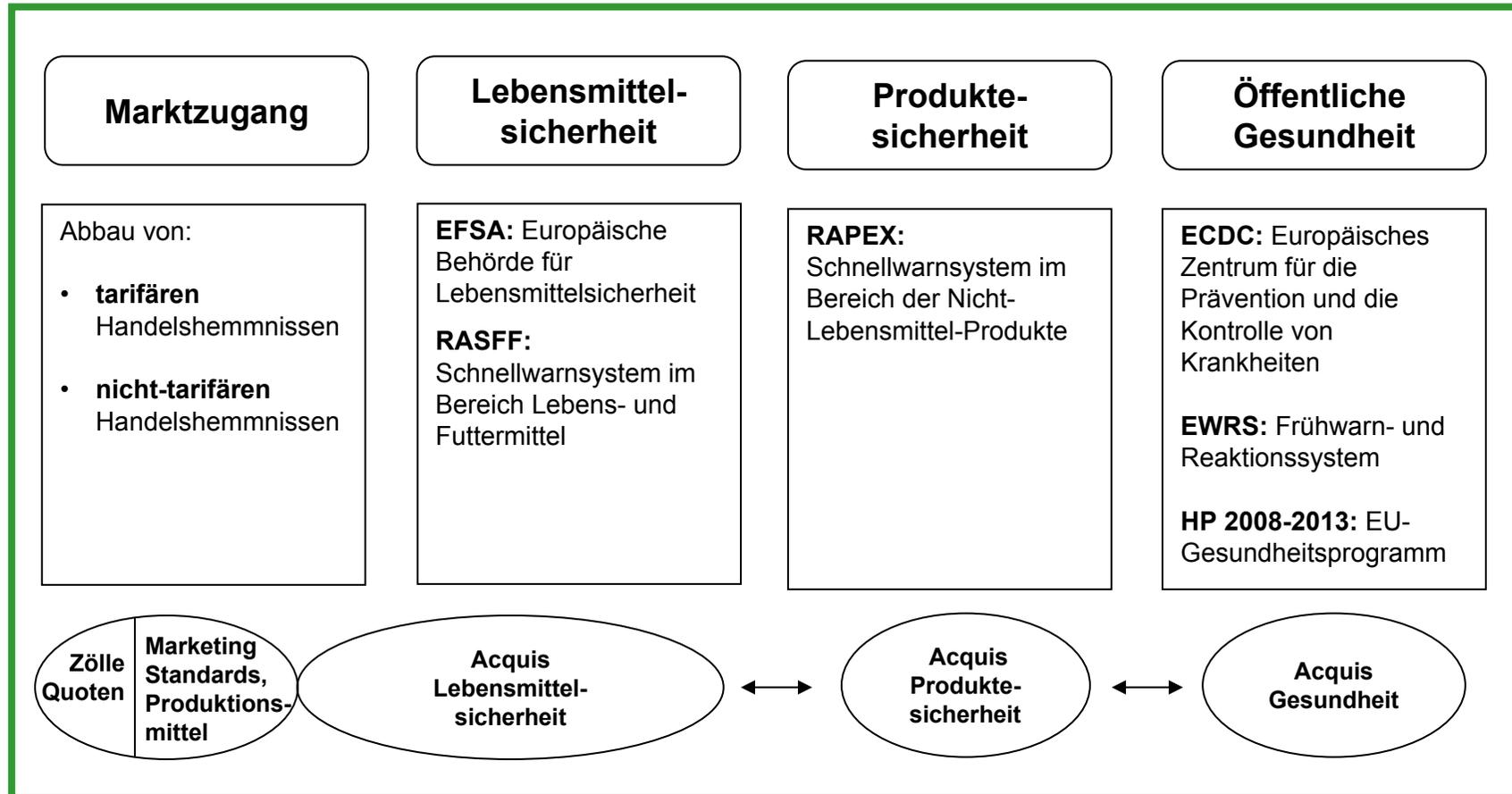
=> **Agieren statt reagieren**: Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

„Es geht um eine gute Positionierung der produzierenden Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft in acht bis zehn Jahren.“

BR Doris Leuthard, 4. November 2008



4 Pfeiler – 1 Mandat





4 Pfeiler – 1 Mandat

- Enger Zusammenhang zwischen den vier Themen
-> Verhandlungen eng miteinander koordiniert!
- Kohärent für den Konsument: Abbau der Grenzen geht eng zusammen mit Erhöhung der Lebensmittelsicherheit und verbesserter Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich
- Kohärent für den Marktzugang: Abbau der nicht-tarifären Handelshemmnisse geht nicht ohne eine Harmonisierung der Lebensmittelgesetzgebung

Bundesrat hat 1 Verhandlungsmandat verabschiedet, die vier Themenblöcke werden darum koordiniert verhandelt



Gründe für ein Abkommen

Chancen für die Landwirtschaft:

- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungskette -> Marktanteile im Inland ausbauen
- EU hat 490 Mio. Kunden mit ähnlichen Vorlieben – schweizerische Qualitätsprodukte haben gute Chancen
- Jetzt ist der richtige Zeitpunkt: Je früher die Märkte bearbeitet werden, desto besser sind die Chancen, Marktanteile zu ergattern
- Österreich hat es geschafft: Verdreifachung der Exporte seit dem EU-Beitritt; Ausstiegsrate aus der Landwirtschaft hat sich nicht verstärkt; Ø-Betrieb kleiner als in CH



Gründe für ein Abkommen

Konsumenten profitieren:

- Mehr Auswahl und innovativere Produkte
- Mehr Sicherheit dank Frühwarnsystem und strengeren Regeln
- Druck auf die Margen, tiefere Preise
(1 kg tiefgekühlte Frites: 8.70 statt 2.70)

Wertschöpfungskette braucht ein Abkommen:

- Schoggi-Gesetz wird nicht mehr lange bestehen
- Konkurrenzfähige Preise nötig
- Abwanderung ins Ausland = wichtigster Abnehmer der schweizerischen Produkte verloren



Vollständiger Marktzugang

Um diese Ziele zu erreichen ist es notwendig, dass

- **alle Stufen** der ernährungswirtschaftlichen Produktionskette einbezogen und
- **tarifäre wie nicht-tarifäre** Handelshemmnisse abgeschafft werden

Mit anderen Worten: vollständiger gegenseitiger Marktzugang



Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse bedeutet?

- Keine Handelshemmnisse wegen unterschiedlichen Normen und Vorschriften -> Harmonisierung der Gesetzgebung
- EU besteht aus 27 Mitgliedstaaten und hat i. d. R. mindestens gleich hohe Sicherheitsstandards wie die Schweiz
 - => **Übernahme des „Acquis communautaire“ in handelsrelevanten Bereichen**
 - => Verhandlungen für Sonderlösungen in sensiblen Bereichen



Einfluss Abkommen auf Agrarpolitik?

- Keine Übernahme der EU-Agrarpolitik
- CH bleibt bezüglich der Ausgestaltung und Finanzierung ihrer Agrarpolitik weiterhin unabhängig
- Art. 104 BV bleibt Basis der Agrarpolitik, Direktzahlungen sichern die Erbringung der multifunktionalen Aufgaben
- Mit WDZ werden die Direktzahlungen noch konkreter auf die geforderten Leistungen ausgerichtet



Warum keine Konzentration auf Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse?

- Längerfristiges Aufrechterhalten des Grenzschutzes unrealistisch: Den Brunnen graben bevor man Durst hat
- Nahrungsmittelindustrie braucht offene Grenzen
- Innenpolitisches Ziel des Abkommens: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Branche erhöhen
- Wichtigste nicht-tarifäre Handelshemmnisse – Importlizenzen – hängen direkt mit tarifären Hindernissen zusammen (Wurstwaren)
- EU hat v.a. Interesse im tarifären Bereich

Warum nicht bloss sektorielle Abkommen?

- Kein Druck auf die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche
- Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse nicht möglich
- Viele Abhängigkeiten:
Bsp: Offensive Strategie Fleischbereich
 - Fleischbranche nicht konkurrenzfähig, wenn Futtermittelpreise hoch bleiben -> Öffnung für Futtermittelgetreide nötig
 - Liberalisierung Futtermittelgetreide ohne Liberalisierung Brotgetreide nicht denkbar



Fahrplan

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
FHAL/ GesA	Vorarbeiten Verwaltung	Verhandlungen		Bot- schaft	Parl. Beratung	evtl. Referendum	Inkrafttreten
Begleit- mass- nahmen		AG; Bericht zH. EVD		Bot- schaft	Parl. Beratung	evtl. Referendum	Inkrafttreten
Europa- politik	Konsolidierung bestehender Verträge – Ausarbeitung neuer Abkommen						



Inhalt

1. Einleitung (10')

2. WTO (20')

Fragen / Diskussion (10')

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15')

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15')

3.3 Stand der Verhandlungen (30')

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15')

Fragen / Diskussion (20')

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10')

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10')

Fragen / Diskussion (20')



Stand der Verhandlungen

- 4. November 2008: Bundesrätin Doris Leuthard und EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel eröffnen Verhandlungen
- 27. November 2008 / 2. Februar 2009: Umfassende Verhandlungsrunden auf Stufe Verhandlungsleiter:
 - Einigung über Vorgehen
 - Einsetzen von Expertengruppen
- Februar – Mai 2009: Expertentreffen
- 13. Mai 2009: Verhandlungsrunde Marktzugang
- 2./3. Juni 2009: Umfassende Verhandlungsrunde
- Herbst 2009: Voraussichtlich nächste umfassende Verhandlungsrunde



Marktzugang – nicht tarifär

- Sämtliche nicht-tarifären Handelshemmnisse sollen abgebaut werden
- Grundsatz: Acquis-Übernahme mit Ausnahmen in für die Schweiz sensiblen Bereichen
- Expertengruppen haben EU-Acquis genau untersucht
- Auf technischer Stufe gibt es wenige Schwierigkeiten für die Übernahme des Acquis
- In einigen sensiblen Punkten sind Sonderlösungen zu verhandeln: GVO, Produktland-Angabe, Deklaration von Eiern aus Käfighaltung



Marktzugang – tarifär

- Zölle und Kontingente sollen vollständig abgebaut werden
- Schweizer Sensibilitäten müssen bei Übergangsfristen berücksichtigt werden
- Kohärente Öffnung der Kern-Landwirtschaft
- Anders als bei Liberalisierung des Käsehandels sollen keine Kontingente geschaffen oder erhöht werden
- ZIEL: Marktzugang vom Beginn der Übergangsperiode an in beiden Richtungen verbessern;
progressive Öffnung -> Anpassungseffekte auf ganze Übergangsperiode verteilen



Inhalt

1. Einleitung (10')

2. WTO (20')

Fragen / Diskussion (10')

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15')

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15')

3.3 Stand der Verhandlungen (30')

Lebensmittel und Gesundheit

Gaudenz Silberschmidt, Leiter Abt. Internationales, BAG

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15')

Fragen / Diskussion (20')

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10')

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10')

Fragen / Diskussion (20')



Warum Regelung mit der EU im Bereich Lebensmittel und Gesundheit?

- Bis anhin nur **punktueller Zusammenarbeit**
- **Übertragbare Krankheiten** machen an Grenzen nicht Halt
- Marktöffnung und freier Handel machen mehr **Schutzmassnahmen** für Gesundheit und Konsumenten nötig (auch im Zusammenhang mit der THG Revision)
- **Lebensmittelkrisen** (z.B. Melamin in Babynahrung, Dioxin in einem Zusatzstoff, Tintenfarbkontamination) und globale **Gesundheitsgefahren** (z.B. SARS, H5N1, H1N1, ...) benötigen rasches, koordiniertes Vorgehen aller betroffenen Staaten
- **Autonomer Nachvollzug** ist wegen Revisionsrhythmus des EU-Rechts kaum mehr machbar (z.B. LMG-Revision)



Öffentliche Gesundheit und Produktsicherheit



Öffentliche Gesundheit

- Teilnahme am **ECDC**: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten
- Teilnahme am **EWRS**: Frühwarn- und Reaktionssystem
- Mitarbeit im **Health Program** HP 2008-2013: Aktionsprogramm im Bereich der Gesundheit
- Übernahme **EU-Acquis** Gesundheit

Produktsicherheit

- **RAPEX** (Rapid Alert System for non food consumer products): Schnellwarnsystem für Nicht-Lebensmittel-Produkte



Lebensmittelsicherheit

Elemente des möglichen Abkommens mit der EU:

- **Teilnahme EFSA:** Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
- **Teilnahme RASFF:** Schnellwarnsystem im Bereich Lebens- und Futtermittel
- Teilnahme an der **Komitologie** und in den Netzwerken (Referenzlaboratorien)
- Übernahme **EU-Acquis** Lebensmittel





Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

- Unabhängige wissenschaftliche Beratung und Unterstützung der europäischen Institutionen und EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Lebensmittelsicherheit
- Einheitliche Risikobewertung und Risikokommunikation in der EU im Zusammenspiel mit den EU-weit vereinheitlichten Grundsätzen des Lebensmittelrechts
- Gründung 2002, Sitz seit 2005 in Parma (Italien)





Schnellwarnsystem im Bereich Lebens- und Futtermittel (RASFF)

- Das Schnellwarnsystem RASFF (Rapid Alert System for Food and Feed) dient dem Austausch von Informationen über gesundheitsgefährdende Lebens- und Futtermittel
- Ermöglicht rasches und koordiniertes Ergreifen von Massnahmen, um gesundheitsgefährdende Lebens- und Futtermittel vom Markt zu nehmen



Übernahme Food-Acquis: Inhalt und Forderungen

- Einbindung ins System Lebensmittelsicherheit der EU im Interesse der Schweiz und der EU
- EU fordert Übernahme des Food-Acquis
- Sehr umfangreiches und dynamisches Rechtsgebiet
- Übernahme erscheint für Schweiz grundsätzlich möglich
- Im Gegenzug fordert die Schweiz die Teilnahme an der Komitologie, um frühzeitig über Anpassungen des Food-Acquis informiert zu sein und an den Anpassungen mitarbeiten zu können



Revision Lebensmittelgesetz in der Schweiz

- Der Bundesrat hat am 1. Juli 2009 die Vernehmlassung für das revidierte Lebensmittelgesetz eröffnet:
- Mit den vorgeschlagenen Änderungen soll die Schweiz zukünftig an den Systemen der Lebensmittel- und Produktsicherheit der Europäischen Union (EU) teilnehmen können
- In einem globalisierten Markt ist dies eine wichtige Voraussetzung für die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes
- Die Angleichung, welche der Bundesrat vorschlägt, soll gleichzeitig zur Vereinfachung des Warenverkehrs mit der EU und zur Senkung des Preisniveaus in der Schweiz beitragen
- Das heutige Schutzniveau der Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz ist hoch, wird beibehalten und längerfristig erhöht



Bisherige Ergebnisse / Ausblick

- Die Verhandlungen mit der EU sind gut angelaufen: konstruktive Atmosphäre – hohes Tempo
- Expertentreffen zum grössten Teil abgeschlossen
- Schweizer Ziele: Teilnahme EFSA, RASFF, Komitologie, Zulassungsverfahren, Datenzugriff EFSA/EMEA, Teilnahme an Netzwerken
- Keine unüberwindlichen Probleme bei Übernahme Food-Acquis
- Zu vertiefende Themen identifiziert
- Konsens zu Start Arbeiten an Anhängen eines möglichen Abkommens
- Nächste Verhandlungsrunde für Herbst 2009 geplant



Herausforderungen

- Übernahme des relevanten Acquis: unterschiedliche Schutzniveaus in der Schweiz und der EU
- Der EU-Rechtsbestand ist sehr umfangreich und entwickelt sich im Bereich Lebensmittelsicherheit sehr dynamisch weiter
- Koordination der Arbeiten in der Schweiz und mit der EU: politisch breite Abstützung nötig
- Die neuen Pflichten und Aufgaben werden mehr Ressourcen benötigen



Vorteile eines Abkommens

Gesundheits- und Konsumentenschutz:

Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit und Konsumenten können früher erkannt und wirksamer bekämpft werden; Gewinn an Sicherheit und Wohlstand

Bessere Kooperation:

Dank Teilnahme an EU-Agenturen, Schnellwarnsystemen und Anschluss an Datenbanken; bessere Information für Konsumentinnen und Konsumenten, Mitwirkung in den Prozessen, transparentere Kommunikation der Entscheide und bessere Koordination zwischen EU und Schweiz

Vorteile eines Abkommens

Schnellwarnsysteme:

Schnellerer Informationsfluss, Steigerung des Konsumentenschutzes

Wettbewerbsfähigkeit:

Stärkung des Standortes Schweiz

Abbau von Handelshemmnissen:

Durch Teilnahme am System Lebensmittelsicherheit

Tiefere Preise:

Durch gegenseitigen Marktzugang im Agrarbereich, Erhöhung der Produktivität, zusätzliches Exportpotenzial für Agrar- und Lebensmittelprodukte



Inhalt

1. Einleitung (10')

2. WTO (20')

Fragen / Diskussion (10')

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15')

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15')

3.3 Stand der Verhandlungen (30')

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15')

Fragen / Diskussion (20')

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10')

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10')

Fragen / Diskussion (20')



Begleitmassnahmen

- Jahrzehntelange Abschottung => Öffnung der Märkte ist für die Branche eine grosse Herausforderung
- Für eine sozialverträgliche Umsetzung der Abkommen FHAL/GesA und WTO sieht der Bundesrat Begleitmassnahmen vor
 - > Arbeitsgruppe diskutiert mögliche Begleitmassnahmen
 - > Bundesrat erarbeitet Vorlage für Bilanzreserve



AG Begleitmassnahmen: Auftrag und Zusammensetzung

Rahmenbedingungen so weiterentwickeln, dass die ganze Wertschöpfungskette am Markt erfolgreich sein kann.

- Die konkrete Ausstattung der Instrumente mit finanziellen Mitteln sowie die Finanzierung gehören nicht zum Mandat!
- Vertreterinnen und Vertreter von 15 Organisationen der ganzen Wertschöpfungskette und zwei Vertreter der LDK



AG Begleitmassnahmen: Vorgehen

Sitzung	Vorgehen	Datum
1.	<ul style="list-style-type: none">• Erläuterung des Mandats der Arbeitsgruppe• Diskussion der Vorgehensweise	12. Juni 2008
2.	<ul style="list-style-type: none">• Vorstellen der Konzepte durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe• erste Diskussion der insgesamt 250 eingereichten Vorschläge	8. Oktober 2008
3.	<ul style="list-style-type: none">• Thematische Gruppierung und Zusammenfassung der 250 Vorschläge auf rund 80 Massnahmen• Erörterung der Grundstruktur und der Leitplanken des Berichts (Referenzen: BV Art. 104, Leitbild BeKo)	14. Januar 2009
4.	<ul style="list-style-type: none">• Klärung letzter offener Punkte• Festlegung der Schwerpunkte des Schlusskapitels	12. Juni 2009
Veröffentlichung des Berichts		Woche 28



AG Begleitmassnahmen Vier Massnahmenpakete

- Förderung der Stärken der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft
- Sicherung und Ausbau der Marktposition
- Schaffung attraktiver Standortbedingungen
- Sozialverträglicher Übergang



Bilanzreserve

- Bilanzreserve als vertrauensbildendes Signal
- Neuer Artikel 19a im LwG:
Abschnitt 1: Die Erträge aus Einfuhrzöllen auf
Landwirtschaftsprodukten und Lebensmitteln sind für die
Jahre 2009 bis 2016 zweckgebunden.
- Anfänglich 400 Millionen pro Jahr



Bilanzreserve

- Vorlage fand in Vernehmlassung grosse Zustimmung
- Konkrete Lösung der Finanzierung kann in Zeiten der Wirtschaftskrise offen bleiben
- Anzustreben ist Kombination aus Mehreinnahmen und Minderausgaben



Finanzierung der Begleitmassnahmen

- Nationalrat am 26. Mai 2009 nicht eingetreten

Gründe

- Opposition gegen Öffnung im Agrarsektor
- Fehlende Information zu konkreter Ausgestaltung der Begleitmassnahmen
=> liegt nun mit Bericht der AG Begleitmassnahmen vor
- Grossteil der Gegner betont: Entscheid grundsätzlich weder gegen FHAL noch gegen Begleitmassnahmen
- Ständerat diskutiert Vorlage in Herbstsession



Inhalt

1. Einleitung (10')

2. WTO (20')

Fragen / Diskussion (10')

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15')

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15')

3.3 Stand der Verhandlungen (30')

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15')

Fragen / Diskussion (20')

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10')

Christian Etter, Botschafter, SECO

Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10')

Fragen / Diskussion (20')



Freihandelsabkommen der EFTA/Schweiz

	<i>Europa</i>	<i>Mittelmeerraum</i>	<i>Weltweit</i>
In Kraft	<ul style="list-style-type: none">• EFTA• EG <i>Protokoll 2/AA (bilat.)</i>• Färöer-Inseln <i>(bilat.)</i>• Mazedonien• Kroatien	<ul style="list-style-type: none">• Türkei• Israel• PLO• Marokko• Jordanien• Tunesien• Libanon• Ägypten	<ul style="list-style-type: none">• Mexiko• Singapur• Chile• Republik Korea• SACU• Kanada
Unterzeichnet oder paraphiert			<ul style="list-style-type: none">• GCC• Japan <i>(bilat.)</i>• Kolumbien• Peru
In Verhandlung	<ul style="list-style-type: none">• Albanien• Serbien• Ukraine	<ul style="list-style-type: none">• Algerien	<ul style="list-style-type: none">• Indien• Thailand
In Vorbereitung	<ul style="list-style-type: none">• Russland		<ul style="list-style-type: none">• Indonesien• China <i>(bilat.)</i>• Hong Kong• Vietnam

Agrarbasisprodukte in FHA mit Drittstaaten

- **Separate bilaterale Vereinbarungen** zu den FHA
- Bilaterale Verhandlungen, **Requests / Offers**
- **Konzessionen in Positiv-Listen**
(Zollreduktionen, präferenzielle Zollkontingente)
- **Kriterien für Requests:**
 - Offensive Interessen der CH (z.B. Käse, Trockenfleisch, Haustierfutter, Pflanzensäfte) und Ausfuhrinteressen gem. Handelsflüssen
- **Kriterien für Offers:**
 - Im Rahmen der CH-Agrarpolitik (z.B.: keine Konzessionen auf Futtermitteln; sensible Produkte die in der CH produziert werden)
 - Konzessionen innerhalb WTO-Kontingente/Kontingente/Saison
 - Spezialitäten



Verarbeitungsprodukte in FHA mit Drittstaaten

- In der Regel **Anhang zu den FHA**
- zusammen mit den EFTA-Partnern verhandelt
- **Konzessionen im Rahmen des Schoggigesetzes** (beweglicher Teilbetrag, Ausfuhrerstattung)
- **Prinzip:** Beseitigung des Industrieteilbetrags unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Agrarteilbetrags
- Aussereuropäische Partner: Fixe Konzessionen, z.T. nur bei Verzicht auf Ausfuhrerstattung
- Deckt einen erheblichen Teil der **Schweizer Exportinteressen** im Agrarbereich ab: Schokolade, verarbeitete Milchprodukte, Backwaren, usw.



Inhalt

1. Einleitung (10')

2. WTO (20')

Fragen / Diskussion (10')

3. Abkommen mit der EU im Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsbereich

3.1 Europapolitische Einordnung (15')

3.2 Ziel und Aufbau der Verhandlungen (15')

3.3 Stand der Verhandlungen (30')

3.4 Begleitmassnahmen und Finanzierung (15')

Fragen / Diskussion (20')

4. Bilaterale Freihandelsabkommen (10')

5. Verhandlungen zu AOP/IGP (10')

Fragen / Diskussion (20')



Verhandlungen zu AOP/IGP

Stand der Verhandlungen

Entwurf Absichtserklärung

- Abkommensentwurf
 - Zukünftiger Anhang 12 AA
 - Äquivalente Gesetzgebungen
 - Symmetrie
 - Gegenseitiger Schutz der AOC/IGP nach Prüfung und öffentlicher Konsultation
 - Evolutivklausel: Neue AOC/IGP und „Rendez-vous-Klausel“
- Austausch von AOC/IGP-Listen



Verhandlungen zu AOP/IGP

Nächste Schritte

- Unterzeichnung Absichtserklärung
- Prüfung von ca. 800 AOC/IGP der EU durch die CH
- Öffentliche Konsultation mit Veröffentlichung im SHAB: Bemerkungen innert 2 Mo: Kantone, Personen mit schutzwürdigem Interesse & Drittstaaten (→ FL)
- //: Prüfung der CH-AOC/IGP durch KOM und öffentliche Konsultation in der EU
- Auswertung der Bemerkungen
- Finalisierung der Listen
- Abschluss des Abkommens in ca 1,5 Jahren